Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 14

Rubrik: Meinungen und Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Meinungen und Kommentare

Starke Wünsche haben schon manchem Menschen die Wirklichkeit verfälscht. Der Wunsch nach Frieden ist ein begreiflicher und menschlicher Wunsch. Wer hätte ihn nicht! Aber oft genug hat er schon schwere Streiche gespielt und blind gemacht vor Gefahren, damit man sich dem Ziele seiner Wünsche näher wähnen konnte.

Der Wunsch nach Entspannung ist gegenwärtig ein übergrosser Wunsch aller Völker. Das ist durchaus in Ordnung. Gefährlich wird es erst, wenn man den Wunsch mit der Wirklichkeit, und Angestrebtes mit Erreichtem verwechselt. Dann nämlich geht man an der Wirklichkeit vorbei. Ab und zu versucht man auch, die Wirklichkeit in die Hoffnung hineinzuzwängen. Dieser Umstand verursacht zuweilen sogar Falschmeldungen.

Da ging kürzlich eine Meldung durch die Presse, der Militärschriftsteller Jurij Schukow habe in der «Prawda» geschrieben, dass die Sowjetunion China nicht unterstützen werde, falls Mao einen Krieg beginne. Davon stand in unserer «Prawda» nichts zu lesen. Da hiess es lediglich, dass China die anti-sowjetische Kampagne einstellen müsse, wenn es auf Unterstützung rechnen wolle.

Eine andere Meldung besagte, dass nach Ausführungen der «Ekonomitscheskaja Gaseta» zwei Textilkombinate versuchsweise auf «kapitalistische Wirtschaftsmethoden» umgestellt worden seien. Davon stand in der betreffenden Zeitung überhaupt nichts zu lesen. Vielleicht wird es — zum Wohle Russlands, wenn auch zum Schaden des Kommunismus — einmal dazu kommen. Wir alle hoffen es. Vorläufig entspricht die Wirklichkeit aber noch nicht in allem unseren Hoffnungen.

Die gegenwärtige Entspannung ist ein blosser Anfang, ein bescheidener Anfang. Zumal Chruschtschew selbst sie vor erst anderthalb Jahren als Atempause auf dem Weg zum Endsieg des Kommunismus bezeichnet hat.

*

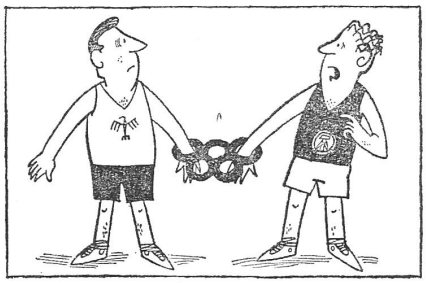
Die Entspannung birgt allerdings auch für die kommunistischen Regimes einige Gefahren in sich. Entspannung bedeutet dort Befreiung von der Ideologie. Der Einsatz der Menschen lässt nach oder ist viel schwerer zu erzwingen. Die ideologische Mobilisation geht zurück. Das äussert sich in vielem, unter anderem auch in einer immer wieder aufflammenden Kritik an den nachteiligen Beziehungen zur Sowjetunion. Die Partei hat Mühe, solche Entwicklungen einzudämmen, ohne der internationalen Entspannung (auf die Osteuropa gegenwärtig angewiesen ist) jede Glaubwürdigkeit zu rauben.

In der Tschechoslowakei hat der Rechtfertigungsversuch der Beziehungen mit der Sowjetunion zu einem interessanten Eingeständnis geführt. Im Parteiorgan «Rude Pravo» stand am 12. Juni zu lesen: «Es ist wohlbekannt, dass ohne sowjetische Rohstoffe unsere Industrie nicht weiter arbeiten könnte. So wird z. B. unser ganzer Bedarf an Rohöl aus der UdSSR gedeckt, und auch die Hochöfen verarbeiten zu 70 Prozent sowjetische Erze, ebenso wie unsere Textilindustrie, die grösstenteils sowjetische Baumwolle bezieht... Die Hälfte unseres täglichen Brotes wird aus sowjetischem Weizen gebacken.»

Das war weder aus historischen noch wirtschaftlichen Gründen notwendig. Verantwortlich für diese Abhängigkeit ist einzig und allein die kommunistische Partei. Auch in Ungarn bestehen ähnliche Schwierigkeiten. Dort hat Vizeministerpräsident Kallai ein unbedingtes Treuebekenntnis zur Sowjetunion abgelegt und den ungarischen Nationalismus gegeisselt. «Was ist dein Verhältnis», so fragte er in einer Rede, «zum ersten proletarischen Staat, zu jener Sowjetunion, die bereits den Kommunismus aufbaut? Dies ist auch heute noch der Prüfstein des proletarischen Internationalismus.»

*

Die Vermengung von Sport und Politik ist eine bedauerliche Erscheinung unserer Zeit. Mit dem Nationalsozialismus hat sie angefangen, und der Kommunismus hat sie zu einem virtuos gehandhabten Instrument ausgebaut. Welche Blüten diese Haltung treiben kann, war kürzlich im ostzonalen Rechenschaftsbericht der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig zu lesen: «Jeder Sieg eines DDR-Sportlers über einen Sportler Westdeutschlands bei internationalen Veranstaltungen oder Ausscheidungswettkämpfen trägt dazu bei, die Stellung der Bonner Militaristen zu schwächen, stärkt das Ansehen unserer Republik und ist deshalb eine echte nationale Tat.»



«... und ausserhalb dieser Bindung, wie steht's da mit dem sportlichen Wettkampf?», fragt «Eulenspiegel», Ostberlin. Wir haben die gleiche Frage an den Absender.

Im Sinne solchen Geistes lag es denn auch, dass ein ungarischer und ein sowjetischer Tennisspieler es ablehnten, in Wimbledon gegen einen südafrikanischen Partner anzutreten.

Wenn dergestalt die kommunistischen Länder mit System den Sport in den Dienst der Politik stellen, so haben wir uns auf diese Gegebenheit einzurichten. Es wird also auch unsere Aufgabe sein, den politischen Auswirkungen des Sportes Rechnung zu tragen. Daran sind wir keineswegs schuld; es lag nicht in unserer Absicht, aber es wurde uns aufgezwungen.

Nach Errichtung der Berliner Mauer vor kaum drei Jahren haben die Sportverbände beschlossen, bilaterale Sportveranstaltungen mit kommunistischen Ländern zu vermeiden und vor allem keine Ostsportler an schweizerische Anlässe einzuladen. Abseits der Aufmerksamkeit ist diese durchaus problematische Regel mit den Leichtathletik-Meetings von Zürich und Bern auf eine noch viel problematischere Weise durchbrochen worden. Weil, wie ein Funktionär in Zürich enthüllte, die drohende Isolierung der Schweiz bekämpft werden müsse.

Die Beteiligung von Sportlern aus mehreren Ostländern soll also mithelfen, unsere angebliche Isolierung zu überbrükken. Damit wird doch diese Beteiligung zu einem Freundschaftsdienst, den uns die Ostsportler erweisen. Und ihren Verbänden, die sie reisen lassen, hätten wir nun eigentlich dankbar zu sein.

So kann es herauskommen, wenn Sport mit politischer Naivität vermengt wird...

*

Die kommunistischen Parteien haben in den von ihnen beherrschten Ländern eine Hierarchie aufgebaut, die ihnen mehr oder weniger ergeben ist. Das betrifft sogar die kirchlichen Organisationen, in die langsam ein dissidenter Klerus hineinwächst und dort dank der Parteiunterstützung die leitenden Funktionen übernimmt.

Im Zeichen der Entspannung suchen westliche Kreise Kontakte. Das ist gut. Aber am besten sind Kontakte zum Volk, und möglichst nicht zu den offiziellen Stellen. Letztere verhindern sogar die Kontakte zum Volk.

Der Weltkirchenrat ist bestrebt, solche Verbindungen anzuknüpfen, vorwiegend zu den offiziellen Stellen, so auch in Ungarn. Die protestantische Kirche Ungarns wird vom Weltkirchenrat unterstützt. Aber diese Gelder fliessen einem Kirchenvorstand zu, der vom Staat abhängig ist. Die namhaften Führer der Kirche in Ungarn, die 1956 abgesetzt worden sind, stehen deshalb dem Weltkirchenrat sehr kritisch gegenüber: er verhandle mit den Verrätern der Kirche und lasse die eigentliche Kirche im Stich.

Das ist ein schwerer Vorwurf von jenen, die unter Einsatz ihres Lebens für die Freiheit gestritten haben. Das ist ein Vorwurf, der uns zu denken gibt. *Peter Sager*